

Der Massenprozeß in Athen

Aussage Kanellopoulos' für die Angeklagten

ps. Der frühere Ministerpräsident *Panajotis Kanellopoulos* hat am Mittwoch vor dem Athener *Sondermilitärgericht* im Prozeß gegen die 34 Oppositionellen, denen Beteiligung an der Widerstandsorganisation «*Demokratische Verteidigung*» zur Last gelegt wird, als Entlastungszeuge für die Angeklagten ausgesagt. In mutigen und klugen Formulierungen widerlegte der konservative Politiker die These der Anklagebehörde, die «*Demokratische Verteidigung*» habe den gewaltsamen Sturz des griechischen Gesellschaftssystems angestrebt. Kanellopoulos unterstrich unter Hinweis auf seine persönlichen Erfahrungen mit den Praktiken der Diktatur — er stand an der Spitze der legalen Regierung des Landes, als er in der Nacht vom 20. auf den 21. April 1967 von den Militärs gestürzt wurde —, daß im *gewaltsamen Vorgehen der Machthaber* die Ursache für die regimefeindliche Tätigkeit der Oppositionellen zu erblicken ist. Gewalt erzeuge Gewalt, erklärte Kanellopoulos. Die Universitätsdozenten, welche sich am Widerstand gegen die Unterjochung des Volkes beteiligten, seien zu loben. Schon die alten Griechen hätten gelehrt, daß den Philosophen die Pflicht obliege, sich um das öffentliche Wohl zu kümmern und gegen die Tyrannen Stellung zu beziehen. Die Angeklagten quittierten die Ausführungen Kanellopoulos' mit starkem Applaus. Von Verwandten und Bekannten der Angeklagten ist der ehemalige Ministerpräsident bejubelt und umarmt worden.

Verhaftung eines Zeugen

Der *Verteidigung* der Angeklagten ist es zweifellos gelungen, das Gerichtsverfahren in einen Prozeß gegen die *Terrormaßnahmen des Regimes* zu verwandeln. Der Student *Ilias Kaliakopoulos*, der von der Anklagebehörde als Zeuge zitiert worden war, erklärte überraschenderweise, daß er sich schämen würde, gegen die Angeklagten auszusagen. Er hätte es vorgezogen, unter den Angeklagten zu figurieren. Kaliakopoulos erklärte, daß er nur für kurze Zeit der Organisation «*Demokratische Verteidigung*» angehört habe. Er habe dann nicht mehr weiter mitgemacht, weil er damals «*linke Ideen*» gehabt habe, während die Angeklagten der Rechten oder im Zentrum beheimatet

gewesen seien. Der Aussage Kaliakopoulos' kommt große Bedeutung zu, weil sie die These des Regimes widerlegt, die «*Demokratische Verteidigung*» sei eine von Kommunisten gesteuerte Organisation. Als Kaliakopoulos nach seiner Aussage das Gerichtsgebäude verlassen wollte, wurde er von Sicherheitsbeamten der Junta verhaftet.

Ausschluß ausländischer Beobachter

Da der Massenprozeß einen für die Machthaber ungünstigen Verlauf nahm, trafen die Behörden der Militärdiktatur verschiedene Maßnahmen, welche die wachsende Nervosität des Regimes verraten. Der Generaldirektor des griechischen Presseamtes, *Zaphiropoulos*, teilte am vergangenen Montag acht *ausländischen Beobachtern*, welche ihr Interesse am Schicksal der Angeklagten bekundet hatten, mit, ihre Teilnahme am Prozeß sei verboten, weil ihre Anwesenheit eine «*Beleidigung der Würde der griechischen Justiz*» darstellen würde. Unter den ausländischen Beobachtern figurierten zwei Vertreter der *Internationalen Juristenkommission*, nämlich der Genfer Jurist *Edmond Martin-Achard* und der westdeutsche Rechtsgelehrte *Otto Triffterer*. Schon vergangene Woche hatten die griechischen Behörden drei ausländischen *Abgeordneten* — dem Dänen *Lemborn*, der Schwedin *Erikson* und dem Norweger *Haugland* — die Einreise nach Griechenland verboten. Die drei skandinavischen Parlamentarier wollten dem Prozeß gegen die «*Demokratische Verteidigung*» beiwohnen. Nach seiner Rückkehr nach Genf erklärte Edmond Martin-Achard, die Anklage stütze sich auf Aussagen von Polizeioffizieren, die sich über die Herkunft ihrer Informationen auschwiegen.

Folterungen

Es liegt nahe, daß es den Athener Machthabern bei ihren Maßnahmen gegen die ausländischen Beobachter nicht um die Würde der griechischen Justiz geht. Der wirkliche Grund dürfte vielmehr im Bemühen liegen, den Einblick in die seltsamen Praktiken der griechischen Untersuchungsorgane zu verwehren. Die Berichte der Angeklagten *Mangakis*, *Karagiorgas*, *Vassiliou*, *Rokofyllos* und *Konstantopoulos* über *Folterungen* kamen der Junta äußerst ungelegen. Am vergangenen Mittwoch verbot das Außerordentliche Militärgericht den anderen Angeklagten, sich über Folterungen zu beschweren.